

CDU

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



VERANTWORTUNGSGEMEINSCHAFT IM TRIERER STADTRAT 2014 - 2019



Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
Haushalt und Finanzen	4
Bürgerbeteiligung.....	5
Schulen und Bildung.....	6
Inklusion	7
Wohnen.....	7
Soziales.....	8
Sport.....	9
Kultur.....	10
Wirtschaft, Handel und Tourismus.....	12
Integration und Flüchtlinge	13
Tierschutz	14
Stadtplanung	15
Mobilität.....	17
Energie	19

Präambel

Unsere Stadt hat enorme Potentiale: ein einmaliges Stadtbild, ein vielfältiges bürgerschaftliches Engagement, innovative kleine und mittlere Unternehmen. Wir, CDU und Bündnis 90/Die Grünen, sind uns einig, dass es Rat und Verwaltung möglich ist, mehr als bisher zu tun, um die Dynamik zu fördern, die diese Potentiale entfalten können.

Wir stimmen darin überein, dass die Verhältnisse im Trierer Stadtrat, nach den Ergebnissen der Kommunalwahl vom Mai 2014, im Rahmen einer verlässlichen Kooperation von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum Wohle der Stadt genutzt werden sollen.

Für die Dauer der Wahlperiode werden wir daher gemeinsam die Kernverantwortung in wesentlichen Fragen übernehmen. Beide Partner sind sich einig, dass bei Entscheidungen die größtmögliche Zustimmung im Rat erreicht werden soll. Zu diesem Zweck soll daher auch regelmäßig der Konsens mit den anderen im Rat vertretenen demokratischen Parteien gesucht werden. Wir werden uns über eigene Anträge und Initiativen im Vorfeld jeweils wechselseitig informieren.

Wir werden in fünf Jahren keine Wunder vollbringen können. Aber wir schließen diese Vereinbarung mit dem Anspruch, dass sich die Lebens- und Aufenthaltsqualität unserer Stadt spürbar verbessert – für alle, die hier leben und für diejenigen, die Trier besuchen!

Rat und Verwaltung müssen glaubwürdig handeln. Wir werden erreichen, dass ein unmittelbar nachvollziehbarer Zusammenhang zwischen kommunalpolitischen Entscheidungen und deren Umsetzung erkennbar wird. Wir wollen, dass Konzepte, Pläne, Projekte usw. mit konkreten Umsetzungsperspektiven verknüpft werden. Statt bürgerschaftliches Engagement, ehrenamtliche Ratsarbeit und die Personalzeit der Verwaltung in zahllosen Arbeitskreisen zu binden, ohne dass eine Umsetzung der Diskussionsergebnisse erkennbar wäre, streben wir eine an realistischen und nachvollziehbaren Prioritäten orientierte Politik an.

Aus diesen Gründen beschließen wir mit dieser Vereinbarung die Grundsätze, welche uns in der kommenden Wahlperiode leiten werden. Wir legen in ihr desweiteren fest, welche Ziele und Projekte wir vorhaben und wie wir sie bis 2019 erreichen wollen.

Haushalt und Finanzen

Die in der Vergangenheit angewachsene Schuldenbelastung und der Umstand, dass Trier auch in den kommenden Jahren einen strukturell defizitären Haushalt haben wird, ist wesentlich darauf zurück zu führen, dass der Bund und das Land eine Vielzahl von Aufgaben auf die Kommunen übertragen haben, ohne für eine angemessene finanzielle Ausstattung zu sorgen. Die Reform des kommunalen Finanzausgleichs durch die Landesregierung war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir sind uns aber einig darin, dass dieser nicht ausreichend war, um der Stadt Trier als einem von fünf rheinland-pfälzischen Oberzentren eine ausreichende finanzielle Grundlage zu sichern. Die Stadt Trier hat durch die Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B einen eigenen Beitrag zur Sanierung des städtischen Haushalts geleistet und dafür die BürgerInnen und Unternehmen in die Pflicht genommen. Wir werden die kommunale Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit für den Haushalt erhalten und stärken.

Konkret wollen wir Folgendes erreichen:

→ **Finanzielle Ausstattung Triers stärken**

- Wir werden gegenüber dem rheinland-pfälzischen Landtag und der rot-grünen Landesregierung dafür werben, dass eine finanzielle Mindestausstattung für die Kommunen in der Landesverfassung verankert wird.
- Wir fordern von der Landesregierung eine Evaluation der Reform des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) nach 3 Jahren, um die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften kritisch zu prüfen und ggf. nachbessern zu können.
- Gerade in Hinblick auf die angespannte Finanzlage Triers ist eine strikte Einhaltung des in Art. 49, Abs. 4 und 5 der Landesverfassung Rheinland-Pfalz verankerten Konnexitätsprinzips unabdingbar. Die Stadt Trier soll sich daher zukünftig auch mit juristischen Mitteln gegen die Verletzung des Prinzips „wer bestellt, bezahlt“ durch das Land wehren.

→ **Haushalt: Transparent, wirkungsorientiert und gerecht**

- Wir werden eine größere Transparenz und Einbindung des Stadtrates bei der Entwicklung von Projekten, den dazu nötigen Untersuchungen sowie daraus resultierenden Auftragsvergaben seitens der Verwaltung erreichen.
- Wir werden Einsparungen dadurch erreichen, dass wir bei Projektentwicklungen und -planungen die Kompetenzen von Ämtern bündeln und neu ordnen.
- Wir werden die Haushaltsmittel so einsetzen, dass sie Männern und Frauen gleichermaßen zu Gute kommen (Genderbudgeting).

- Um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dauerhaft bei der Stadt zu halten und ihnen eine persönliche Planungssicherheit zu geben, sollen projektungebundene Stellen von vornherein unbefristet vergeben werden. Für die Besetzung von Projektmanagementpositionen bietet sich die Einstellung von GeneralistInnen an.
- Bei befristeten Projektstellen soll frühzeitig geprüft werden, ob die Stellen entfristet und den MitarbeiterInnen ein entsprechendes Angebot unterbreitet werden kann.
- Mit der Verabschiedung des Haushalts verfolgt der Stadtrat politische Ziele und Prioritätensetzungen. Bislang ist es kaum möglich zu überprüfen, ob und in welchem Umfang diese Ziele erreicht werden. Wir werden deshalb Steuerungsinstrumente prüfen, um die Wirksamkeit des Einsatzes der Haushaltsmittel evaluieren und steuern zu können.

Bürgerbeteiligung

Für eine lebendige Demokratie ist das politische Engagement der Bürgerinnen und Bürger essentiell. Gerade in den Stadtteilen ist diese persönliche Expertise bei Planungsvorhaben der Stadt unverzichtbar. Sie findet ihren Niederschlag in den Ortsbeiräten. Ihnen kommt als unmittelbarstes politisches Gremium bei der Vermittlung zwischen BürgerInnen und Verwaltung eine besondere Bedeutung zu. Daher werden wir diese Struktur erhalten und fördern.

Konkret wollen wir Folgendes erreichen:

- Wir befürworten starke Ortsbeiräte und OrtsvorsteherInnen in den Stadtteilen, die sich für das Wohl ihrer BewohnerInnen einsetzen. Zu diesem Zweck werden wir die Hauptsatzung ändern.
- Wir werden die Verwaltung grundsätzlich stärker an die Beschlüsse des durch die Trierer BürgerInnen legitimierten Gremiums, den Stadtrat, binden. Eine zügigere und beschlussorientiertere Umsetzung der Vorhaben schont die finanziellen Ressourcen der Stadt. Um dies zu erreichen, werden wir transparente und effektive Kontrollmechanismen entwickeln.

Schulen und Bildung

Bildung ist die Grundlage für einen verantwortungsvollen Umgang der Menschen mit sich selbst, der Gesellschaft und der Umwelt. Aus diesem Grund ist eine zügige Umsetzung des Schulentwicklungsplans unumgänglich. Ein umfassender und zukunftsorientierter Bildungsauftrag darf aber nicht nur Kinder und Jugendliche in den Blick nehmen, sondern muss auch alle anderen Altersgruppen und Gesellschaftsschichten mit einbeziehen.

Konkret wollen wir Folgendes erreichen:

- Den Schulentwicklungsplan werden wir zügig umsetzen und innerhalb von 2 Jahren für die weiterführenden und berufsbildenden Schulen fortschreiben.
- Wir werden die Schulsozialarbeit in ihrer jetzigen Ausprägung erhalten.
- Die Schulsozialarbeit muss auf eindeutigeren rechtliche Grundlagen gestellt werden. Damit wird eine finanzielle Absicherung dieser wichtigen Arbeit gewährleistet.
- Wir streben eine Verbesserung des Mobilitätsmanagements für die Schulen an. Dazu gehören eine auf die Schulen abgestimmte ÖPNV-Planung, mehr Fahrradabstellanlagen bei Schulen und eine ausreichende Schulwegsicherung. Das Mobilitätsmanagement dient als Bindeglied zwischen Verwaltung, Schulen und Elternhaus.
- Die Alphabetisierung bei Erwachsenen werden wir weiter vorantreiben. Hierzu sind niederschwellige Angebote in den Ortsteilen unter Nutzung vorhandener Räumlichkeiten, wie beispielsweise in Grundschulen, sinnvoll.
- Die Qualität des Schulessens werden wir verbessern. Dies muss sich in den Ausschreibungen niederschlagen und bedarf einer regelmäßigen Überprüfung.
- Wir werden bei Brandschutzmaßnahmen gleichzeitig immer auch notwendige Sanierungsarbeiten mitdenken, um die Kosten und mögliche Störungen im Schulbetrieb so gering wie möglich zu halten.

Inklusion

Menschen mit Behinderung gehören zu Trier. Inklusion heißt beispielsweise: Behinderte und nichtbehinderte Kinder besuchen die gleichen Kitas und Schulen, Ausbildung und Beruf findet in gemeinsamen Betrieben statt, Sportvereine oder Musikgruppen können von allen frei gewählt werden. Dies sind nicht nur die Ziele der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, sondern auch unsere Vorstellungen einer teilhabegerechten Gesellschaft.

Konkret wollen wir Folgendes erreichen:

- Alle Schulen und öffentliche Einrichtungen sollen, so weit möglich, über stufenlose Eingänge erreichbar sein. Zu diesem Zweck werden wir eine Prioritätenliste erstellen, die sukzessive abgearbeitet werden soll.
- Städtische Formulare werden wir künftig verstärkt auch in leichter Sprache vorhalten. Dazu sollen pro Jahr fünf bis zehn der am häufigsten verwendeten Dokumente in leichte Sprache übertragen werden.
- Blindenampeln sind eine unverzichtbare Voraussetzung für die sichere Teilnahme sehbeeinträchtigter Menschen am Straßenverkehr. Wir wollen daher, dass bei der Neuerrichtung von Ampelanlagen und der Sicherung neuer Kreuzungen diese Verkehrslichtanlagentechnik verwandt wird. Hinzu kommt die Einrichtung eines taktilen Leitsystems.

Wohnen

Verstärkte Urbanisierungstendenzen sowie eine sich immer weiter öffnende soziale Schere führen bundesweit sowohl zu einer Verknappung, als auch Verteuerung des Wohnraumbangebots. Trier als wachsendes Oberzentrum mit dem Einzugsgebiet Luxemburg ist von dieser Entwicklung in besonderem Maße betroffen. Eine aktive Wohnungspolitik der Stadt Trier kann weiterer sozialer Segregation und Gentrifizierung entgegen wirken.

Konkret wollen wir Folgendes erreichen:

- Wir werden den Bestand der städtischen Wohnungen schnellstmöglich in einen guten Zustand versetzen und möglichst barrierefrei gestalten.
- Im Rahmen des Quartiermanagements streben wir eine angemessene Stellenausstattung für Sozialarbeit an.
- Wir werden uns aktiv für die Suche nach Investoren für sozialen und barrierefreien Wohnungsbau stark machen.

Soziales

Die steigenden Aufwendungen für die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen demonstrieren die dramatische Bedeutung dieses Politikbereichs. Eine aktivere Rolle der Stadt in diesem Bereich kommt natürlich in erster Linie den betroffenen Familien zu Gute. Sie verringert aber auch Reibungsverluste zwischen den unterschiedlichen Stellen.

Konkret wollen wir Folgendes erreichen:

- Oberstes Ziel unserer Bemühungen ist es, allen Kindern und ihren Familien die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen und dafür zu sorgen, dass Kinder in ihrer eigenen Familie aufwachsen können.
- Die Betreuung von Pflegefamilien muss systematisch und engmaschig erfolgen. Dazu ist eine Verbesserung des Informationsflusses und -angebots notwendig. Hierzu gehört die Vorhaltung solcher Informationen auch im Internet und an öffentlichen Stellen der Stadt (z.B. im Bürgerbüro).
- Darüber hinaus müssen strukturierte Angebote für Pflegeeltern bereitgestellt werden. Dazu zählen beispielsweise regelmäßige Pflegeelterntreffen.
- Eine grundsätzliche Begleitung der Pflegeeltern durch die Familienhilfe ist anzustreben.
- Soweit Spielplätze und Aufenthaltsräume in Trier unzureichend sind, streben wir eine spürbare Verbesserung an. Hierzu soll die vorliegende Prioritätenliste zusammen mit den Ortsbeiräten abgearbeitet werden.
- Wir halten einen stärkeren Ausbau von Projekten zur Prävention von Alkoholmissbrauch, Intoleranz und Gewalt für unerlässlich. Dazu gehört auch eine stärkere Begleitung und Diskussion großer Feste im Jugendhilfeausschuss.
- Wir werden dem Jugendschutz mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen.
- Beim Betrieb von sozialen Einrichtungen setzen wir auf eine möglichst große Vielfalt an Trägern und wollen daher auch weitere Träger einbinden.

Sport

Trier ist eine sportbegeisterte Stadt und stolze Heimat der Bundesligavereine des TBB Trier, des DJK/MJC Trier („Miezen“), der RSC Rollies (Trierer Dolphins) und der Schachspieler der SG Trier. Neben diesen Aushängeschildern des Leistungssportes erfreuen sich auch der Fußball und der Breitensport in Trier großer Beliebtheit. Umso bedauerlicher ist der desolante Zustand vieler Sportstätten nach jahrelangem Investitionsstau. Damit alle Sportstätten wieder sicher genutzt werden können und die Freizeitgestaltung vieler TriererInnen nicht weiterhin eingeschränkt bleibt, ist eine erhöhte Mittelbereitstellung unumgänglich.

Konkret wollen wir Folgendes erreichen:

- Die Fußballplätze sind auf Grund der hohen Mitgliederzahlen in den Vereinen besonderen Beanspruchungen ausgesetzt. Aus diesem Grund ist die Umwandlung eines Tennenplatzes in einen Kunstrasenplatz für die Stadt Trier ein wünschenswertes Projekt. Wir werden hierfür die finanziellen Mittel bereitstellen und eine zügige Realisierung im Rahmen der abgestimmten Prioritätenliste angehen.
- Dem Erhalt und der Sanierung von Sportstätten muss auf Grund ihrer Bedeutung für Schulen und Vereine eine höhere Bedeutung beigemessen werden. Daher ist dem Rat so bald wie möglich eine Prioritätenliste unter Angabe von Sanierungsumfang und -art der reparaturbedürftigen Sportstätten vorzulegen.
- Die Trierer Skatehalle hat in der Szene mittlerweile überregionale Bekanntheit erlangt und leistet damit einen bedeutenden Beitrag für eine lebendige Jugendkultur in der Stadt. Daher unterstützen wir das Projekt weiterhin und stellen einen angemessenen finanziellen Beitrag in Aussicht.

Kultur

Das kulturelle Angebot einer Stadt ist ganz entscheidend dafür, wie attraktiv und lebenswert sie ist. Insbesondere gilt dies für eine Stadt wie Trier, mit einer derart langen und bewegten Geschichte und insbesondere auch kulturell prägender Rolle für die Region in den vergangenen beiden Jahrtausenden. Ein solches kulturelles Erbe stellt auch einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor für die Stadt Trier dar. Hinzu kommt, dass Trier als Hochschulstandort auch von seinen zahlreichen jungen und kreativen BürgerInnen profitiert. Gerade für diese muss eine Stadt sich öffnen und ihnen eine lebendige Kulturszene bieten.

In kaum einem anderen Bereich der freiwilligen Aufgaben hat eine Kommune so viele eigene Gestaltungsspielräume wie in der Kulturpolitik. Andererseits ist sie als freiwillige Aufgabe auch immer in besonderem Maße von Einsparungen bedroht. Wir sind uns einig darüber, dass ein interessantes, lebendiges und vielfältiges kulturelles Angebot einer Stadt zu den Kernaufgaben und Herausforderungen der freiwilligen Leistungen der kommunalen Selbstverwaltung zählt. Das bestehende Angebot zu erhalten und zu gestalten bedeutet für uns deshalb auch, die kommunale Selbstverwaltung und Demokratie zu schützen. Die Förderung von Kunst und Kultur wird in Deutschland zu Recht auch als staatliche Aufgabe gesehen und diesem historisch gewachsenen Anspruch werden wir gerecht werden. Dennoch zwingt uns die angespannte Haushaltslage in den kommenden Jahren Prioritäten zu setzen. Auf Grund der akuten baulichen Mängel am Theatergebäude und den strukturellen Mängeln wird unsere Priorität daher bei der baulichen Sanierung und strukturellen Reform des Theaters liegen.

Konkret wollen wir Folgendes erreichen:

→ Das Theater erhalten und modernisieren

- Wir sind uns einig darüber, dass wir das Ensembletheater in Trier mit seinen drei Sparten in etwa dem bestehenden Umfang erhalten wollen. Wir haben uns vorgenommen, das Theatergebäude am bestehenden Standort zu belassen. Entweder soll es grundlegend saniert bzw. soweit erforderlich, neu zu errichten oder insgesamt einen ganz neuen Gebäudekomplex zu erstellen. Es ist unser erklärtes Ziel, dass diese Maßnahme in der laufenden Wahlperiode abgeschlossen wird. Daher werden wir im Stadtrat den hierfür notwendigen Rahmen gestalten. Dies ist mit hohen Kosten verbunden, die wir jedoch bereit sind, zu schultern. Wir sind uns auch darüber einig, dass dieser Aufwand nur zu rechtfertigen ist, wenn wir den Sanierung und An- bzw. gänzlichen Neubau so gestalten, dass das Gebäude mindestens zwei Generationen und damit doppelt so lange wie das jetzige Gebäude hält und in dieser Zeit keine weiteren, wesentlichen Sanierungen notwendig werden.

- Konkret bedeutet dies, dass die Verwaltung bis Sommer 2015 die Planungsunterlagen vorlegen muss, damit alle erforderlichen Beschlüsse in 2015 gefasst werden können. Wir werden entsprechende Planungskosten in Höhe von 2,4 Mio. € in den Doppelhaushalt einstellen. Um die zügige Umsetzung zu gewährleisten, müssen die entsprechenden Auftragsvergaben extern erfolgen. Baubeginn soll im Herbst 2016 sein.
- Wir werden den neuen Intendanten in seiner schwierigen Arbeit aktiv und konstruktiv unterstützen.
- In struktureller Hinsicht befürworten wir die Umwandlung des Theaters in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) und wollen diese vorantreiben.
- Wir werden politisch darauf achten, dass die am Theater beschäftigten Künstlerinnen und Künstler auch in Zukunft in der Stadt fest verankert sind, auch jenseits der einzelnen Produktionen das kulturelle Leben der Stadt bereichern können und sie über die in der Branche üblichen Verträge über zwei Jahre ein Mindestmaß an sozialer Absicherung haben.
- Wir werden darauf achten, dass es einen Stamm an fest angestellten KünstlerInnen gibt, der sich aus den Erfahrungswerten der vergangenen Jahre ermittelt.
- Die Einzelheiten bei der Ausgestaltung einer AöR werden wir gemeinsam erarbeiten.

➔ **Kultur für alle: Einrichtung einer Kulturtafel**

- Wir werden in der Stadt Trier eine Kulturtafel einrichten. Diese soll bei der Tafel des Sozialdienstes katholischer Frauen (SKF) angesiedelt werden, da dort bereits eine Infrastruktur besteht. Beginnen werden wir mit der Abgabe von Theaterkarten zu einem symbolischen Preis von 1,- €.
- Mittelfristig wollen wir erreichen, dass auch andere Veranstalter von Kultur-, aber auch Sportereignissen überzählige Restkarten über die Kulturtafel abgeben.

➔ **Die freie Kulturszene stärken**

- Wir werden die Strukturen und Angebote der freien Kulturszene erhalten. Um zusätzliche Angebote zu ermöglichen, werden wir eine halbe Stelle finanzieren, deren Aufgabe darin besteht, finanzielle Mittel von Stiftungen, Privaten und Unternehmen zu akquirieren, die dann Projekten der freien Szene zur Verfügung stehen. Das Ziel besteht darin, dass sich diese Stelle nach einer Anlaufphase von etwa zwei Jahren selbst trägt und darüber hinaus finanzielle Mittel zur Förderung von Kunst und Kultur in Trier zur Verfügung stehen.

➔ **Kulturevents**

Wir unterstützen das Projekt „Nukleus“ und „Porta hoch 3“ und wollen ihm eine Chance geben, um sich bundesweit Geltung zu verschaffen.

Wirtschaft, Handel und Tourismus

In den vergangenen gut 30 Jahren hat Trier sich von einem primären Produktions- hin zu einem vorrangigen Dienstleistungsstandort entwickelt. Diese Entwicklung bringt nicht nur für die stadtplanerischen Tätigkeiten neue Aufgaben mit sich, sondern zwingt die Stadt, sich auch im Bereich der Wirtschaftsförderung anzupassen. Dies kann zum Beispiel bedeuten, dass an ehemaligen Produktionsstandorten eine Durchmischung von Wohnen, emissionsarmer Industrie, Dienstleistung und Nahversorgung angestrebt wird.

Konkret wollen wir Folgendes erreichen:

→ Unternehmensstandort Trier weiterentwickeln

- Um Unternehmen und Investoren beim „Gang durch die Verwaltung“ zu beraten, zu unterstützen und Kontakte zu vermitteln bzw. bei auftretenden Problemen zu helfen, werden wir im Dezernat III dauerhaft die Stelle eines/r Wirtschaftslotsen/In etablieren.
- Bei der Suche nach Investoren sollen ökologische und nachhaltige Kriterien berücksichtigt werden.
- Wir werden einen konstanten Punkt „Bericht über Investitionsanfragen“ auf der Tagesordnung des Dezernatsausschusses III verankern.
- Wir werden die Gewerbesteuer in dieser Wahlperiode nicht erhöhen.

→ Trier als Stadt des Einzelhandels, der Messen und Kongresse

- Wir werden die Strukturen des inhabergeführten Einzelhandels erhalten, unterstützen und stärken. Deshalb lehnen wir die Errichtung eines neuen Einkaufszentrums im Bereich des Viehmarktes ab. Im Bereich Kaufhof/Karstadt/Treveris-Passage sind grundsätzlich Umbauten vorstellbar soweit sie städtebaulich vertretbar sind und die ausgewiesene Einzelhandelsfläche nicht wesentlich vergrößert wird.
- Wir werden die am Rand der Innenstadt gelegenen Viertel stärker an den Bereich der Fußgängerzone anbinden und dafür Sorge tragen, dass auch dort der öffentliche Straßenraum attraktiver gestaltet wird. Die Entwicklung der Neustraße ist ein gutes Beispiel dafür, wie eine solche Entwicklung aussehen kann. Es ist wichtig, dass sich die Einzelhändler, aber auch die dort lebenden Bürgerinnen und Bürger mit ihren Vorstellungen einbringen. Die Initiative Karl-Marx-Viertel hat hier einen beispielhaften Aufschlag gemacht. Solche Initiativen sind wichtig und sollen von uns unterstützt werden.
- Wir werden Triers als Messe- und Kongressstadt stärken. Dazu gehört, dass wir den Bereich „Europahalle“ langfristig als Kongress- und Veranstaltungszentrum erhalten wollen.

→ Trier als touristisches Schwergewicht – Tourismus fördern und entwickeln

- Die Tourismusförderung soll sich auf die zentralen Eigenheiten Triers als älteste Stadt Deutschlands mit einer langen, wechselvollen Geschichte und den damit verbundenen kulturellen Angeboten einerseits und als Stadt des Weins und Sekts andererseits fokussieren.
- Die Aufgabe der Trierer Tourismus Marketing GmbH (TTM) ist die Förderung des Tourismus und des Stadtmarketings. Sie soll nicht als Organisator oder Veranstalter kultureller Events auftreten. Insbesondere sehen wir es nicht als städtische Aufgabe an, das Altstadtfest oder den Weihnachtsmarkt zu veranstalten. Deshalb soll das Altstadtfest erstmals für das Jahr 2017 und der Weihnachtsmarkt für 2019 ausgeschrieben werden.
- Die Stadt behält ihren Gestaltungseinfluss auf Konzept, Rahmen und Angebote über den Inhalt der Ausschreibung.

→ Politischen Gestaltungsspielraum bei städtischen Beteiligungen nutzen

- Wir werden die Sitzungen der Verwaltungs- und Aufsichtsräte bei den städtischen Beteiligungen gemeinsam vorbereiten, um dort unseren politischen Einfluss zu stärken und durchzusetzen. Damit soll gewährleistet sein, dass die in dieser Vereinbarung niedergelegten Ziele und Projekte auch in den städtischen Beteiligungen umgesetzt und vorangetrieben werden.

Integration und Flüchtlinge

Die Aufnahme von Flüchtlingen und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sind in Zeiten zunehmender Kriege und damit verbundener Not unabdingbar. Die dadurch hervorgerufene Zunahme von Flüchtlingsbewegungen ist eine gesellschaftliche Herausforderung, der wir uns stellen wollen. Wir sind uns einig, dass die Verwaltung sich stärker um das Integrationskonzept und seine Umsetzung bemühen muss. Wir übernehmen Verantwortung für die Menschen, die in der Erstaufnahmeeinrichtung zu Gast in Trier sind. Wir begrüßen das in der Stadt vorhandene ehrenamtliche Engagement in der Integrationsarbeit und wollen es fördern und unterstützen.

Konkret wollen wir Folgendes erreichen:

→ Fortführung des kommunalen Integrationskonzepts und Schwerpunktbildung

- Wir werden den Umbau der Ausländerbehörde zu einem Willkommens- und Servicecenter umsetzen.
- Die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben soll in einem Rahmen geschehen, der die berechtigten Interessen der ausländischen BürgerInnen berücksichtigt.

Dazu gehören vor allem ein respektvoller Umgang, die Prüfung aller rechtlichen Möglichkeiten, eine zügige Terminvergabe und die freundliche Erinnerung an bevorstehende Fristabläufe zur Vermeidung von langen Warteschlangen. Dazu werden wir gemeinsam ein konkretes Konzept an Hand von Best-Practice-Beispielen aus anderen Kommunen erarbeiten.

➔ **Geeignetes Maßnahmenpaket als Reaktion auf steigende Flüchtlingszahlen**

- Es soll eine zusätzliche, auf zwei Jahre befristete Stelle im Dezernat II angesiedelt werden, die als zentrale Anlauf-, Koordinierungs- und Planungsstelle für die in Trier vorübergehend und dauerhaft untergebrachten Flüchtlinge fungiert. Sie soll gleichermaßen die Anliegen der Flüchtlinge wie auch der Trierer BürgerInnen berücksichtigen bzw. bearbeiten.
- Wir werden den ehrenamtlich tätigen Menschen eine finanzielle Unterstützung zukommen lassen, damit diese die Möglichkeit haben, Anschaffungen zu tätigen, entstehende Auslagen zu decken u.ä.
- Im Doppelhaushalt soll ein fester, jährlicher Betrag verankert werden, der über ein breites Spektrum an Organisationen verteilt wird. Dazu gehören die Ortsbeiräte Nord und Euren (Erstaufnahmeeinrichtung), das Multikulturelle Zentrum Trier e.V., der Verein „Für ein Buntes Trier e.V.“ und ggf. weitere Institutionen und Verbände.

Tierschutz

Für eine Stadt ist der Umgang mit ihren heimatlosen und misshandelten Tieren nicht nur ein entscheidender Faktor in der Außendarstellung. Selbstverständlich ist auch das Wohl des Tieres zu achten und zu schützen. Auch beugt proaktives Handeln der Stadt in diesem Bereich Gefahren vor, wie zum Beispiel der Verbreitung von Seuchen oder einer unkontrollierten Vermehrung streunender Tiere.

Konkret wollen wir Folgendes erreichen:

- Wir werden gemeinsam mit dem Trägerverein des Tierheims ein Konzept zur Unterstützung bei den notwendigen Sanierungen des Gebäudes erarbeiten und beteiligen uns an dessen Umsetzung.
- Wir werden eine Gefahrenabwehrverordnung zur Kastrationspflicht bei freilaufenden Katzen erarbeiten.

Stadtplanung

Die Lage im Moseltal und das gewachsene Stadtbild – mit bedeutenden Baudenkmälern aus einer 2.000jährigen Geschichte – geben unserer Stadt einen unverwechselbaren Charakter. Doch sind es nicht nur die Einzeldenkmäler, die unsere Stadt prägen, sondern auch die Straßenzüge, Gebäudeensembles, Plätze und Grünflächen. Dieses historische Erbe verpflichtet zu einem besonders behutsamen Umgang, insbesondere bei Nachverdichtung und innerörtlicher Weiterentwicklung. Das bauliche Erbe ist Potential und zugleich Ansporn einer qualitativ hochwertigen Weiterentwicklung unserer Stadt.

Konkret wollen wir folgendes erreichen:

→ Flächennutzungsplan

- Bei den gemeinsamen Beratungen zum Entwurf des Flächennutzungsplanes (FNP) haben wir in wichtigen Punkten Einigkeit erzielt, beispielsweise bezüglich eines behutsamen Flächenverbrauchs oder beim Verzicht auf ein Gewerbegebiet Kockelsberg.¹ Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des FNP werden wir hierzu eine gemeinsame Gesamtposition erarbeiten. Hierbei muss auch die neue Spitze des Dezernates IV eingebunden werden. Deshalb werden wir beantragen, dass die Verabschiedung des neuen FNP um etwa drei Monate verschoben wird, sodass der Beschluss vor der Sommerpause 2015 erfolgen kann.

→ Behutsame Stadtplanung

- Gerade für gewachsene Stadteile gibt es verhältnismäßig wenige Bebauungspläne. In städtebaulich sensiblen Bereichen werden wir die identitätsstiftenden Strukturen durch neue Bebauungspläne, Gestaltungs- oder Erhaltungssatzungen schützen. Dies bietet Investoren eine Orientierung und größere Planungssicherheit. Um dies umsetzen zu können, sind personelle Umschichtungen in der Verwaltung erforderlich und Mittel für die Auftragsvergaben an Externe oder Wettbewerbe bereit zu stellen.
- Bei der Planung und Entwicklung neuer Baugebiete werden wir besonderes Augenmerk auf den städtebaulichen Kontext, die Verkehrsanbindung und die Umweltverträglichkeit legen. Baugebiete, die nach diesen Prüfkriterien unbedenklich sind, sollen nach einer entsprechenden Prioritätenliste umgesetzt werden.

¹Beide Seiten sind sich einig, dass ein Gewerbegebiet auf dem Kockelsberg weder ökologisch noch ökonomisch vertretbar ist. Daher werden wir Alternativen vorantreiben und beispielsweise ein interkommunales Gewerbegebiet entlang der A 64 umsetzen.

- Als Modellprojekt werden wir mindestens ein Neubaugebiet mit Schwerpunkt regenerative Energien und alternative Wohnformen realisieren. Hierbei werden wir prüfen, welche neuen Wege beispielsweise beim Mehrgenerationenwohnen, bei einer umfassenden Barrierefreiheit und einem autofreien Wohnviertel realisierbar sind. Dies kann durch entsprechende Festlegung in Bebauungsplänen und ergänzend in städtebaulichen Verträgen mit Investoren oder Projektentwicklern erreicht werden.
- Für die Stadtteile muss eine Nahversorgung der kurzen Wege gewährleistet sein, das heißt fußläufig oder mit dem Fahrrad. Der Verwaltungsentwurf zum Einzelhandelskonzept ist dahingehend kritisch zu überprüfen. In einzelnen Stadtteilen vorhandene und funktionierende Einzelhandelsstrukturen sind zu schützen. Wo solche Strukturen nicht mehr vorhanden sind, sind Anstrengungen zu unternehmen, diese wieder aufzubauen.
- Die Bebauung vorhandener Brachflächen sowie die Nachverdichtung bestehender Grundstücksflächen werden wir fördern. Hierzu ist das vorliegende Brachflächenkataster bzgl. des Wohnungsbaupotentials detaillierter fortzuschreiben. In diesen Zusammenhang müssen auch derzeitige Leerstände von Gewerbe-, Dienstleistungs- und Wohnflächen erfasst werden.
- Bei Neu- und Umbaumaßnahmen sind die baulichen Maßstäbe des Umfeldes stärker zu beachten. Bauten im Blockinnenbereich und in der „zweiten Reihe“ sollten deutlich niedriger sein als die Straßenrandbebauung und sich maximal an den Traufhöhen bestehender Gebäude orientieren.
- Die Arbeit des Architektur- und Städtebaubeirats (ASB) ist zu optimieren und die Satzung entsprechend zu überarbeiten. Er ist von der Verwaltung frühzeitiger bei städtischen Planungsüberlegungen und der Aufstellung von Bebauungsplänen mit einzubeziehen. Auch größere Neu- und Umbauplanungen der Stadtverwaltung sowie städtischer Beteiligungsgesellschaften wie der EGP, SWT und GBT müssen dem ASB zur Beratung vorgelegt werden. Empfehlungen des Beirates zur Durchführung von Architektur- und Städtebauwettbewerben sind zu beachten. Die Empfehlungen des ASB sind frühzeitig im Ausschuss zu beraten. Die erfolgreiche Arbeit des ASB ist durch eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit (z.B. durch Berichterstattung in der Rathauszeitung und den Medien) darzustellen.
- Für die Verwaltungs- und Ratsarbeit zum Themenbereich Planen und Bauen werden wir eine dezernats- und ämterübergreifende Beratung etablieren. Wir erwarten uns durch gemeinsame Beratung von unterschiedlichen Fachpolitikern und Ämtern eine größere Effizienz, kürzere Planungsphasen und deutliche Synergieeffekte. Hierzu werden wir mögliche Varianten prüfen.
- Wir werden das ehrenamtliche Projekt „Trier essbare Stadt“ als private Maßnahme weiterhin unterstützen und fördern. Auch sollen weitere ungenutzte städtische Flächen zum Urban Gardening freigegeben werden.

→ Engagierte Denkmalpflege

- "Denkmalpflege" darf sich nicht nur auf den Erhalt von Fassadenelementen beschränken. Damit dies nicht passiert, werden wir eine stärkere Betreuung von Bauwilligen durch die Denkmalpflege sowie eine frühzeitige Einbindung der Denkmalpflege in die Arbeit anderer Ämter und städtischer Beteiligungen gewährleisten.
- Die Empfehlungen des Denkmalpflegebeirat und der denkmalpflegerisch tätigen Vereine sind bei Genehmigungsverfahren früher und stärker zu beachten. Beratungsergebnisse sollen den Ausschüssen mitgeteilt und in der Rathauszeitung veröffentlicht werden.

Mobilität

Ein attraktiver Personennahverkehr, eine gute Infrastruktur für den Radverkehr, angenehme Wege zu Fuß und dadurch weniger Staus auf den Straßen – wir setzen uns dafür ein, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Gäste – egal, wie sie unterwegs sind – bequemer und sicherer in Trier bewegen können. Alle Maßnahmen, die wir planen und umsetzen wollen, sind multimodal ausgerichtet und nehmen alle Fortbewegungsmittel gleichzeitig in den Blick. Oberste Priorität haben für uns Projekte, welche die Stadt von Lärm und Schadstoffen befreien, die Umwelt entlasten und somit uns alle gesünder leben lassen. Wir möchten möglichst viele Menschen dazu bewegen, auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusteigen. Das kommt auch denjenigen zugute, die nicht auf das Auto verzichten können.

Der Öffentliche Personennahverkehr ist ein ganz besonders wichtiges Element der umweltfreundlichen Ausgestaltung der Mobilität für einen breiten Bevölkerungskreis. Er wird deshalb von uns besonders in den Blick genommen. Er muss in Trier attraktiv und preiswerter werden. In diesem Sinne werden wir auch in den Gremien des Verkehrsverbundes der Region Trier (VRT) und Aufsichtsrat der Stadtwerke Trier gemeinsam wirken.

Bei allen Maßnahmen gilt: Schluss mit dem Stückwerk – wir gehen das Thema Mobilität in der Stadt als Ganzes an. Dazu werden wir das Mobilitätskonzept unter Einhaltung der von uns aufgestellten Prioritäten umsetzen.

Konkret wollen wir Folgendes erreichen:

→ Durchgängiges und alltagstaugliches Radwegenetz

- Wir wollen die Nord-Südtangente im Bereich Ostallee für den Radverkehr ausbauen. Dies gewährleistet eine schnelle und sichere Verbindung zwischen den Stadtteilen im Süden (z.B. Heiligkreuz, Olewig), der Innenstadt und angrenzenden Bezirken sowie dem Hauptbahnhof.

- Für die Radquerung durch die Innenstadt werden wir die Stadtverwaltung dazu drängen, den Beschluss des Stadtrates zur Einrichtung einer Nord-Süd- und einer Ost-West-Querung der Innenstadt endlich umzusetzen.
- Den Moselradweg werden wir für Tourismus und Alltagsverkehr ertüchtigen und ihn besser an die Innenstadt anbinden. Das bedeutet u.a. auch getrennte Wege für Radfahrer (Schnellspuren) und Spaziergänger im Uferbereich.

→ **Verbesserung des ÖPNV**

- Die Strukturen im Verkehrsverbund der Region Trier (VRT) müssen geändert werden, um einen für Trier bezahlbaren ÖPNV zu schaffen. Hierzu sind die bereits begonnenen Gespräche mit den umgebenden Gebietskörperschaften, insbesondere aber auch mit dem Landkreis Trier-Saarburg fortzuführen und zu intensivieren.
- Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Aufrechterhaltung eines eigenwirtschaftlichen ÖPNV nicht möglich ist. Er muss deshalb durch Haushaltsmittel der Stadt Trier finanziert werden, die entsprechend bereitzustellen sind. Dabei soll eine so genannte Direktvergabe der Leistungen des ÖPNV an die Stadtwerke Trier für das Stadtgebiet Trier angestrebt werden
- Wir wollen in diesem Sinne auch erreichen, soweit dies rechtlich möglich ist, die Buspreise in Trier deutlich zu senken.
- Das Liniennetz in Trier muss verbessert werden, die Taktung der Busse ist zu erhöhen, soweit dies wirtschaftlich vertretbar ist, insbesondere muss die Anbindung der Höhenstadtteile optimiert werden.
- Die Kommunikation des ÖPNV-Angebotes in Trier muss weiter verbessert werden, insbesondere sind die Fahrgastinformationen der Infotafeln an den Haltestellen und in den Bussen selbst zu optimieren.
- Die Haltepunkte auf der Westtrasse müssen realisiert und so gestaltet werden, dass sie mit allen Verkehrsmitteln auf verschiedenen Wegen gut zu erreichen sind (inkl. Haltepunkt Bobinet/Messepark). Die Planung der Haltepunkte auf der Osttrasse soll direkt an die Planung der Westtrasse anschließen.

→ **Darüber hinaus werden wir Prüfaufträge für folgende Maßnahmen erteilen:**

- Wir wollen die Einrichtung von 30 in Wohngebieten prüfen, um Lärm zu reduzieren und mehr Sicherheit auf den Straßen zu schaffen.
- Wir streben eine bessere Verkehrsüberwachung durch effizienteres Arbeiten und optimierten Personaleinsatz an.
- Ampelschaltungen sollen für einen optimalen Verkehrsfluss sorgen und sich dabei insbesondere nach den Bedürfnissen von FußgängerInnen richten.
- Wir wollen die Errichtung von Umweltpuren im Stadtgebiet prüfen (beispielsweise in den Bereichen Christophstraße und Südallee zwischen Kaiserthermen und Saarstraße).

- Bei der Straßensanierung wollen wir prüfen lassen, inwieweit dabei lärm-reduzierender Belag verwendet werden kann.

→ **Stadt der kurzen Wege**

- Den Moselbahndurchbruch, also die Verbindung zwischen der Metternichstraße und der Kürenzer Straße werden wir umsetzen. Dadurch erreichen wir eine Entlastung und Aufwertung von Kürenz und Trier Nord sowie eine bessere ÖPNV-Anbindung von Kürenz, Tarforst und weiteren Höhenstadtteilen.
- Wir werden eine direkte Verbindung von Trier Ost mit dem Hauptbahnhof für FußgängerInnen und wenn möglich auch für RadfahrerInnen schaffen.
- Der Hauptbahnhof soll für den Radverkehr direkt an die Innenstadt angebunden und gleichzeitig eine überdachte Fahrradabstellanlage am Hauptbahnhof errichtet werden. Die Verbindung vom Hauptbahnhof zur Innenstadt soll über die Strecken Balduinsbrunnen/Theodor-Heuss-Allee und Balduinsbrunnen/Ostallee/Weberbach erfolgen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass diese Maßnahme entsprechend des Mobilitätskonzepts sofort umgesetzt wird.
- Alle drei vorangestellten Maßnahmen sind auch in engem Zusammenhang mit einer Aufwertung des gesamten Bahnhofsumfeldes zu sehen.

Energie

Energiepolitik trägt heute entscheidend dazu bei, unsere Erde zu bewahren und zu erhalten. Der Klimawandel ist eine Gefahr, zu dessen Verhinderung jeder seinen Teil beitragen sollte, in dem jeweiligen Umfang, der ihm möglich ist. Dies gilt nicht nur für die BürgerInnen, sondern auch für Staaten, Länder und Kommunen. Wir wollen, dass Trier hier nicht zurücksteht und seinen Teil für eine lebenswerte Zukunft leistet.

Konkret wollen wir Folgendes erreichen:

→ **Stadtwerke zukunftsfit und ökologischer gestalten**

- Wir werden prüfen, wie die städtischen Anteile an der SWT Versorgungs-GmbH gestärkt werden können.
- Wir streben den Ausbau der regionalen Entwicklung der SWT als Regionalwerke Trier (RTS) an. Wir werden uns intensiv um die Konzessionen aus allen Nachbarkommunen bemühen, mit dem Ziel der Beteiligung der jeweiligen Gemeinden an Gesellschaften der SWT (vergleiche Kommunale Netze Eifel).
- Wir regen die Einführung eines linearen Strom- und Gasstarifs an, da dieser den wirkungsvollsten Anreiz zum Energiesparen bietet.

→ Energiewende vorantreiben

- Bei allen Gebäuden, an denen die Stadt beteiligt ist, sollen die Energieeinsparpotentiale über Energiecontracting mit den Stadtwerken realisiert werden. Hierzu werden wir ein Konzept erarbeiten, welches auch beinhalten soll, dass städtische Gebäude unter Beteiligung der SWT energetisch saniert werden. Wir werden die energetischen Einsparziele für die städtischen Gebäude quantifizieren.
- Wir werden eine BürgerInnenbeteiligungsgesellschaft zur Akquise von Privatkapital für die Energiewende initiieren.
- Wir unterstützen den Ausbau der erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der SWT.
- Wir unterstützen die konsequente Erneuerung der gesamten Stadtbeleuchtung unter Einsatz von stromsparenden Leuchtmitteln auf der Grundlage des Masterplans. Hierbei unterstützen wir auch, dass an geeigneten Stellen an der Lichtinstallation auch die Möglichkeit einer Lichtmast-E-Tankstelle eingerichtet wird.
- Wir fordern auch weiter den Aufbau von Speichermöglichkeiten für regenerative Energien auf regionaler Ebene unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadtwerke (Pumpspeicherwerk Mehring/Ensch, power to gas ...). Darüber hinaus unterstützen wir smart metering im Leitungsbau und in Verbindung mit kleinen Batteriespeichern.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtwerke auch weiterhin mit Energie aus Wasserkraft und erneuerbaren Energien mindestens im heutigen Umfang beliefert werden.

Trier, Januar 2015

Für die CDU

Für Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Ulrich Dempfle
Fraktionsvorsitzender

Petra Kewes
Fraktionsvorsitzende

Bernhard Kaster
Parteivorsitzender Kreisverband Trier

Antje Eichler und Wolf Buchmann
Sprecherin und Sprecher Stadtverband Trier